

soll sich an der achtstufigen progressiven Überplaneinkommensteuer der genossenschaftlichen Handwerksbetriebe, unter Berücksichtigung der lokalen Bedingungen, orientieren (XNA, 11.10.80).

-ga-

(57) Hohe Körperschaftssteuersätze für Reformunternehmen

Die Körperschaftssteuersätze für die Sichuaner Reformbetriebe liegen zwischen 65% und 48%. Ein Betrieb mit einem jährlichen Gesamtgewinn bis zu 50.000 Yuan zahlt die niedrigste Rate, d.h. also 65%, und ein Betrieb mit einem Jahresgewinn von mehr als 500.000 Yuan zahlt eine Körperschaftssteuer von 84%. Die elf Handelsbetriebe in der Provinz werden mit 20% auf ihre jährlichen Einnahmen besteuert.

Die hier angesprochenen Reformbetriebe sind für ihre Gewinne und Verluste selbst verantwortlich. Sie müssen - im Gegensatz zu den Reformbetrieben älteren Typs - ihre Gewinne nicht mehr generell an den Staat abführen, sondern die staatliche Gewinnentnahme geschieht auf Basis von Steuereinnahmen. Um den Betrieben aber dennoch nicht zuviel finanziellen Spielraum zu belassen, liegen die Umsatzsteuersätze, wie oben beschrieben, entsprechend hoch (XNA, 18.9.80).

-ga-

(58) Kohl in Beijing zur Wintergemüseversorgung

Im Oktober gab es in den Gemüsegeschäften Beijings viel Kohl zur Wintereinlagerung zu kaufen. Große Berge dieses begehrten Gemüses in Nordchina lagen sogar auf den Bürgersteigen. Gruppen von Käufern organisierten Dreirad-Fahrer mit Ladeflächen, um die Kohlmengen nach Hause zu transportieren. Die chinesische Nachrichtenagentur berichtet stolz über den lebhaften Handel in diesem Jahr - ganz im Gegensatz zum letzten Jahr, als durch frühen Frost 50.000 t Kohl vernichtet wurden. 1979 war nämlich den Erzeugern vorgeschrieben worden, das Schneiden des Kohls hinauszuschieben, bis die einzelnen Stücke größer geworden seien. Früher Frost vernichtete jedoch auf den Straßen oder auf dem Feld diese riesige Menge.

Im vergangenen Jahr verursachte dieser Verlust einen "Aufschrei" der Delegierten zu dem Städtischen Volkskongreß. In diesem Jahr dürfen die Erzeuger selbst entscheiden, wann der Kohl geschnitten werden soll. Um sicherzustellen, daß der Kohl schnell die Endverbraucher erreicht, hat die Stadtverwaltung eine Beschränkung aus dem letzten Jahr aufgehoben. Diese hatte die Menge von erstklassigem Kohl festgelegt, die ein einzelner kaufen durfte. In diesem Jahr dürfen Fabriken, Schulen und Regierungskantinen direkt von den Erzeugern kaufen

und müssen nicht mehr bei den städtischen Märkten kaufen (XNA, 5.11.80).

-ga-

(59) Lebhaftes Interesse für Eigenheime bzw. für Eigentumswohnungen

Seit dem letzten Jahr ist es für die Stadtbewohner in China möglich, Eigenheime bzw. Eigentumswohnungen käuflich zu erwerben. Seit der Zeit hat sich eine wachsende Nachfrage eingestellt. Am häufigsten werden Häuser bzw. Wohnungen in Shanghai, Beijing und in der Provinz Sichuan nachgefragt.

In Shenyang (Provinz Liaoning) im Nordosten Chinas ließen sich innerhalb von zehn Tagen nach der Ankündigung der Stadt, daß Häuser zum Verkauf bereitstünden, 139 Familien als Kaufinteressenten registrieren. Insgesamt meldeten sich am ersten Tag des Verkaufsangebotes durch die Stadt 600 Personen, die am Kauf einer Wohnung interessiert waren und die über genügend Geld dafür verfügten.

Der Kauf ist sowohl mit Barzahlung als auch auf Raten möglich. Hausbaudarlehen müssen maximal innerhalb von 15 Jahren zurückgezahlt werden, die Zinsen liegen bei 1 bis 2%.

In der ostchinesischen Küstenstadt Fuzhou wurden seit dem letzten September 1.500 Wohnungen durch Eigenbau selbst errichtet. Der Staat stellte hierfür Darlehen zur Verfügung. Die gesamte Wohnfläche der Häuser beträgt 87.000 qm - dieses entspricht der Wohnfläche, die von der Stadt jährlich erstellt wird.

Um Grundstückspreise stabil zu halten, geht der Staat dazu über, Festpreise für Wohngrundstücke zu erlassen. In Xian, im Nordwesten Chinas, beträgt dieser z.B. 100 Yuan pro qm.

Trotz dieser Anstrengungen bleibt der private Wohnungsbau weiterhin ein großes Problem Chinas. Immer leben noch 35% der städtischen Bevölkerung in viel zu überfüllten Wohnungen. In diesem Jahr will der Staat für 4 Mio. Familien Wohnungen errichten, mehr als im Jahre 1979 (XNA, 26.9.80).

-ga-

TAIWAN

(60) Im Monat September wieder Exportüberschüsse

Nach einer sechs Monate andauernden negativen Bilanz seit März dieses Jahres verzeichnete der Außenhandel Taiwans im September wieder einen Exportüberschuß von über 260 Mio.US\$. Das Leistungsdefizit betrug in den ersten acht Monaten insgesamt 423 Mio.US\$. Somit hat die

Insel in den ersten drei Quartalen des Jahres noch einen Importüberschuß von 163 Mio. US\$ (ZYRB, 24.10.80; LHB, 4.10.80). Rosig entwickelten sich die Investitionen aus dem Ausland. Von Januar bis September dieses Jahres hat das Wirtschaftsministerium Investitionsanträge von Ausländern und Überseechinesen in Höhe von 313.528.000 US\$ genehmigt, also um 24% mehr als im Vergleichszeitraum des vorigen Jahres. 31,9% der Investitionen aus dem Ausland waren für die Elektro- und Elektrizitätsindustrie, 27,5% für die Nichtmetall- und Mineralproduktebearbeitungsindustrie bestimmt (LHB, 2. und 4.10.80). Zu Besorgnissen Anlaß gibt weiterhin die Inflation. Im September belief sich die jährliche Steigerungsrate der Großhandelspreise auf 19,9% und die der städtischen Verbraucherpreise auf 19,3% (ZYRB, 24.10.80).

-ni-

(61) Aufwertung der inoffiziellen Repräsentation in den USA

Zwischen dem "US-Institut in Taiwan" und dem taiwanesischen "Koordinationskomitee für nord-amerikanische Angelegenheiten" wurde am 2. Oktober in Washington eine Vereinbarung über gegenseitige Immunität unterzeichnet. Beide Institute wurden nach der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen im vorigen Jahr gegründet. Juristisch haben sie nur privaten Charakter, praktisch fungieren sie jedoch wie Botschaften. Noch vor der Immunitätsvereinbarung hatten sie am 5. März dieses Jahres ein neues Luftfahrtabkommen und am 5. September eine neue Übereinkunft für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Da die neue Vereinbarung den beiden Instituten und ihren Angehörigen fast alle Privilegien und Immunitäten für Diplomaten einräumt, wird damit praktisch eine Aufwertung des inoffiziellen Status erzielt. Dagegen hat Beijing bei der US-Regierung Protest erhoben (ZYRB, 3.10.80; XNA, 16.10.80). Nach einer Meldung der taiwanesischen Presseagentur CNA (Central News Agency, Taipei, 3.10.80) können die inoffiziellen Vertretungen Taiwans in Japan wie noch anderen Ländern auch ohne schriftliche Vereinbarung ähnliche Privilegien und Immunitäten genießen.

-ni-

(62) Staatsbesuch des südafrikanischen Premierministers

Der südafrikanische Premierminister P.W. Botha hat Taiwan vom 13. bis 17.10. einen fünftägigen offiziellen Besuch abgestattet. Außer seiner Frau begleiteten ihn in der Delegation noch R.F. Botha, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Information, H. Schoeman, Minister für Transport, sowie D.J. de Villiers, Minister für Industrie, Handel und Tourismus. Mit der Regierung in Taiwan sprach die Delegation über den Ausbau der Wirtschaftszusammenarbeit einschließlich, wie betont wurde, der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Um Energie zu sparen,

erwägt Taiwan, die energieintensiven Produktionszweige wie Kupfer-, Zink-, Blei- und Aluminiumherstellung nach Südafrika zu verlegen, wo die Produktions- und Energiekosten niedriger als in Taiwan liegen. Die "South African Airways" wird am 3. November die direkte Flugroute zwischen Johannesburg und Taipei eröffnen (ZYRB, 14.-18.10.80). Wichtige Vereinbarungen zwischen beiden Seiten wurden noch bei dem Besuch des nationalchinesischen Ministerpräsidenten Sun im letzten März in Südafrika unterzeichnet (vgl. C.a., März 1980, S.217, Ü 63).

Die Annäherung zwischen Pretoria und Taipei wurde von beiden Seiten sehr aufgewertet, weil sie sich als "die beiden Paria-Nationen der Welt" fühlen. Die chinesische Minderheit in Südafrika kann dank dieser politischen Annäherung ihren sozialen Status verbessern. Am Vorabend von Bothas Reise nach Taiwan wurde ein Bürger chinesischer Herkunft zum Mitglied des Präsidialrats von Südafrika ernannt (ZYRB, 18.10.80).

-ni-

(63) Agrartechnische Hilfsgruppen in 19 Ländern

Taiwan unterhält nach einem Artikel in der ZYRB (1.10.80) zur Zeit noch agrartechnische Hilfsgruppen in 19 Regionen, nämlich Elfenbeinküste, Malawi, Lesotho, Swasiland, Saudi-Arabien, Indonesien, Fidschi, Marshall-Inseln, Panama, Costa Rica, Nicaragua, Honduras, El Salvador, Guatemala, Ecuador, Bolivien, Paraguay, Uruguay, Dominica und Haiti. Seit 1961 hat Taiwan insgesamt 70 agrartechnische Teams mit über 1.400 Experten nach mehr als 50 Ländern gesandt. Außerdem wurden in Taiwan über fünfzig Sonderseminare für Landwirtschaft veranstaltet, an denen über 800 Personen aus mehr als 40 Staaten teilnahmen.

-ni-

(64) 69. Jahrestag der Revolution von 1911

Am 10. Oktober wurde der Nationalfeiertag der Republik China gefeiert. An diesem Tag vor 69 Jahren hatte die Guomindang (Kuomintang) unter der Führung Sun Yixians (Sun Yat-sens) den letzten Kaiser in China gestürzt. Wie im letzten Jahr hat die Regierung in Taipei auch diesmal wieder auf große militärische Demonstrationen verzichtet. An dem insgesamt 45 Minuten dauernden Festzug, der vor dem Haus des Präsidenten vorbeimarschierte, nahmen nur Kadetten aller Waffengattungen, Vertreter von Reservisten, Studenten, Schüler und Werktätige aus verschiedenen Berufs- oder Gesellschaftsberreichen sowie Überseechinesen teil. Bei der Kundgebung überreichte ein jugendlicher Vertreter Präsident Jiang Jingguo das Modell eines Schnellboots. Das von Taiwan selbst gebaute und mit Raketen ausgerüstete Schiff wurde mit Spenden aus der Bevölkerung bereitgestellt. In

einer Botschaft am Vorabend des Nationalfeiertages bekräftigte Jiang den kompromißlosen antikommunistischen Kurs seines Landes und das Streben nach einer Rückeroberung des chinesischen Festlands (ZYRB, 10.- 11.10.1980).

Überraschend faßte der Ständige Ausschuß des Nationalen Komitees der Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes am 7. Oktober in Beijing den Beschluß, im kommenden Jahr eine Gedenkfeier zum 70. Jahrestag der Revolution von 1911 zu veranstalten. Ein Komitee mit 171 Mitgliedern wurde bereits gegründet. Marschall Ye Jianying ist der Vorsitzende des Komitees. Unter den 22 Stellvertretenden Vorsitzenden befinden sich Frau Sun Yixian (Sung Qingling), Deng Xiaoping, Hu Yaobang (Generalsekretär der KPCh), Ministerpräsident Zhao Ziyang u.a. (RMRB und DGB, 8.10.80). Die Konsultativkonferenz, in der verschiedene Parteien und Gruppen vertreten sind, ist ein Organ der Volksfront. Mit dem neuen Beschluß versucht Beijing offenbar, die Regierung der Guomindang in Taiwan nochmals an den Verhandlungstisch zu bringen. In der ersten Reaktion lehnte ein hoher Regierungsbeamter, dessen Name in der Zeitung nicht genannt wurde, des Liebeswerben Beijings kategorisch ab. Er sagte: Wenn die chinesischen Kommunisten den Kommunismus nicht aufgeben und die drei Volksprinzipien Sun Yixians sowie die Verfassung der Republik China (Taiwan) nicht akzeptieren, bleiben alle Gesten nichts als Täuschung (ZYRB, 9.10.80).

-ni-

(65) Marschall Zhang Xueliang besuchte Quemoy

Am 20. Oktober tauchte Marschall Zhang Xueliang (80) mit seiner Frau auf der Frontinsel Quemoy (Jinmen oder Kinnen) auf. Am 12. Dezember 1936 hatte er eine Meuterei in Xian (Sian) inszeniert, bei der Marschall Jiang Jieshi (Chiang Kaishek) verhaftet wurde. Die Meuterer zwangen Jiang damals, den Bürgerkrieg gegen die Kommunisten einzustellen und die Aggression Japans abzuwehren. Nach der Freilassung Jangs, die vor allen Dingen durch die Vermittlung von Zhou Enlai zustande kam, büßte Zhang, der von sich aus Jiang zurück nach Nanjing (Nanking) begleitete, die Freiheit ein. Ein Sondergericht verurteilte ihn zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe. Zwar wurde er von Jiang sofort begnadigt, mußte aber seitdem unter Hausarrest leben. In den letzten Jahren sah man ihn ab und zu auch auf den Straßen der Stadt Taipei. Bei seinem Besuch in Quemoy wurde er außer von seiner Frau noch von dem stellvertretenden Generalstabschef, Ma Anlan, und dem stellvertretenden Generalsekretär des Präsidialamts, Zhang Zuyi, und dessen Frau "begleitet". Es wurde nicht gemeldet, ob Zhang Xueliang nun nach 44 Jahren Hausarrest auf freiem Fuß ist.

In einem Gruppenfoto mit seinen prominenten Begleitern sieht er noch gesund aus. Wie die meisten Quemoy-Besucher tat er auch durchs

Fernrohr einen Blick auf das chinesische Festland (ZYRB, 21.10.80 und DGB, 23.10.80; vgl. Yu-Hsi Nieh, "Chang Hsuehliangs Memoiren zum Zwischenfall von Sian", C.a., Februar 1975, S.80 ff.

Am 23. September, dem chinesischen Mondfest (15. August nach dem Mondkalender), lud das Nationalkomitee der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes in Peking die Verwandten Marschall Zhang Xueliangs auf dem Festland zu einem Festessen ein. In einer Tischrede hat der stellvertretende Vorsitzende des Komitees, Ulanfu, Zhang als einen Patrioten gelobt, der damals einen großen Beitrag zur Beendigung des Bürgerkrieges und Herbeiführung des Widerstandskrieges gegen Japan geleistet habe (XNA, 24.9.80).

-ni-

(66) Neue Welle von Todesstrafen

In der taiwanesischen Presse häufen sich seit neuestem wieder die Meldungen über Todesstrafen. Am 16. Oktober verhängte das Amtsgericht Taipei gegen zwei Ladenräuber die Todesstrafe (ZYRB, 17.10.80). Am folgenden Tag verurteilte das Militärgericht des Garnisonshauptquartiers der Provinz Taiwan vier Täter, die mehrmals organisierte Raubüberfälle begangen hatten, zum Tode (ZYRB, 18.10.80). Drei Tage danach, am 20. Oktober, wurden wieder vier Beamte wegen passiver Bestechung vom Amtsgericht zum Tode verurteilt (ZYRB, 21.10.80).

Seit einiger Zeit ist man auf der Insel über die Zunahme von Gewalttaten, besonders über die steigende Jugendkriminalität, besorgt. Vor kurzem wurde ein Polizist von einem Täter erschossen. Ende September hat ein Tatverdächtiger während der Fahndung einen zweiten Polizisten mit einem Messer verletzt. Daraufhin wird die Regierung in Zukunft alle schweren Verbrechen wie Entführung, unerlaubter Waffenbesitz oder illegale Waffenherstellung sowie organisierte Überfälle und Morde vor ein Militärgericht stellen (LHB, 2.10.80).

Vor vier Jahren hat Taiwan die Schrauben der Justiz schon einmal fester angezogen. Damals wurden innerhalb von zwei Monaten elf junge Leute wegen Begehung von Raubüberfällen nach Schnellprozessen vor dem Militärgericht hingerichtet. Seinerzeit stieg einerseits wegen der schlechten Wirtschaftslage die Kriminalität spürbar an, andererseits herrschte infolge der Wahlen der "zusätzlichen Abgeordneten" politische Spannung (vgl. C.a., Februar 1976, S.19, U.64). Zur Zeit befindet sich die Wirtschaft in Taiwan wegen der hohen Inflationsrate wieder in einer kritischen Situation. Dazu werden im Dezember wieder neue Wahlen von "zusätzlichen" beziehungsweise "ergänzenden" Abgeordneten auf Zentralregierungsebene stattfinden. Zwar sitzen die meisten parteilosen Oppositionellen im Gefängnis (vgl. C.a., Juni 1980, S.499 ff.), doch muß die Regierung immer noch wegen der Folgen

der scharfen Maßnahmen gegen die Opposition bangen. Am 26. September setzte das Innenministerium für 3 Monate (Okt. Dez.) die Bestimmung außer Kraft, daß eigene Bürger oder Überseechinesen mit taiwanesischem Paß sich bei Transitreisen 72 Stunden lang ohne Visum auf der Insel aufhalten dürfen. Diese Anordnung wurde damit begründet, daß die Regierung im Hinblick auf den Zustrom von Überseechinesen nach Taiwan zur Teilnahme an den drei großen Feiern im Oktober (Nationalfeiertag, Jahrestag der Rückkehr Taiwans zu China nach dem Krieg gegen Japan, Geburtstag des verstorbenen Präsidenten Chiang Kaishek) auf die Ordnung in der Gesellschaft achten müsse (ZYRB, 27.9.80). Da aber diese Maßnahme sich bis zum Dezember erstreckt, hat man den Verdacht, daß die Regierung dadurch in erster Linie den im Ausland weilenden Oppositionellen oder ihren Anhängern bis zur Beendigung der kommenden Wahlen die Reise in die Heimat erschweren möchte.

-ni-

(67) Scharfe Maßnahmen gegen illegale Einwanderungen

Um den Flüchtlingsstrom vom chinesischen Festland zu stoppen, hatten die Behörden in Hongkong kürzlich zahlreiche scharfe Maßnahmen getroffen. Am 20. und 21. Oktober fuhr der Gouverneur der britischen Kolonie, Sir Murray MacLehose, zu Konsultationen mit der chinesischen Führung der Provinz Guangdong nach Guangzhou (Kanton). Zwei Tage nach seiner Reise, am 23. Oktober, wurde in größter Eile eine Novellierung der Einreisebestimmungen durch das Gesetzgebungsorgan verabschiedet. Danach sollen fortan alle gefaßten illegalen Immigranten sofort abgeschoben werden. Vor Erlaß der neuen Bestimmungen wurden nur die Flüchtlinge zurückgeschickt, die man an der Grenze festgenommen hatte. Denjenigen, denen es gelungen war, Kontrollen zu umgehen und in der Stadt Wohnung und Arbeit zu finden, wurden großzügig Personalausweise und Aufenthaltsgenehmigungen erteilt. Seit 1978 hat es 150.000 solche Fälle gegeben. Allen Flüchtlingen vom chinesischen Festland, die vor der Bekanntmachung des neuen Gesetzes in Hongkong eingetroffen waren und sich noch nicht bei den Behörden angemeldet hatten, wurde eine letzte Chance eingeräumt, innerhalb von 72 Stunden ihrer Meldepflicht nachzukommen. Ab 28. Oktober dürfen die Unternehmen niemanden ohne Personalausweis anstellen, und alle Arbeitnehmer mußten innerhalb einer Woche den Arbeitgebern ihren Personalausweis zeigen. Die Anstellung von "Schwarzarbeitern" wurde mit einer Geldstrafe von 50.000 HK\$ (10.000 US\$) und einer Freiheitsstrafe von einem Jahr bedroht.

Nach Ablauf der Meldefrist von 72 Stunden hatten sich insgesamt 6952 Leute gemeldet. Ursprünglich hatten die Behörden mindestens 15.000 Personen erwartet, und inoffiziell wurde deren Zahl sogar auf 100.000 geschätzt. Man vermutet, daß sich ein Teil der "schwarzen"

Einwohner noch vor dem Erlaß des neuen Gesetzes gemeldet hat, ein anderer Teil wahrscheinlich aus Angst vor einer Falle der Behörde nicht aufgetaucht ist. Der erwartete neue Ansturm von Flüchtlingen vom Festland während der letzten Meldefrist ist ebenfalls ausgeblieben. Dies war, so glaubt man, auf die Verstärkung der Grenzpatrouillen auf beiden Seiten zurückzuführen.

Außer den "schwarzen" Einwanderern vom chinesischen Festland gibt es in Hongkong auch noch illegale Einwanderer aus Macao, Taiwan und anderen südostasiatischen Ländern. Über 4.000 von ihnen haben sich einer anderen Anordnung der Kolonialbehörden zufolge gemeldet. Bis zum 24. November werden die Behörden prüfen, ob die einzelnen angemeldeten illegalen Einwanderer in Hongkong bleiben dürfen. Alle Einwohner, die über 15 Jahre alt sind, müssen ab 30. Oktober beim Ausgehen ihren Personalausweis oder eine andere Kennkarte bei sich haben; andernfalls müssen sie mit einer Geldstrafe von 1.000 HK\$ rechnen. Um Schwierigkeiten zu vermeiden, bitten die Behörden auch die Touristen, ihren Reisepaß ständig bei sich zu haben.

Darüber hinaus wurde am 10. Oktober dieses Jahres zwischen London und Hongkong eine Vereinbarung zur Verstärkung der Grenzkontrollen unterzeichnet. Ein neues Bataillon Gurkha-Soldaten wird Anfang 1982 in Hongkong eintreffen. Aber inzwischen ist bereits ein neues Problem entstanden: Weil jeder seinen Personalausweis bei sich haben muß, haben die Taschendiebe Hochsaison. Ein gestohlener Hongkonger Personalausweis kann in Macao angeblich für 30.000 HK\$ verkauft werden. Eine andere Gefahr, die letztlich aus dem Grenzgebiet der "New Territories" gemeldet wurde, ist das Auftreten von Tollwut. Man behauptet, "illegale vierbeinige Einwanderer" von drüben hätten die tödliche Seuche mitgebracht (DGB, 21.- 31.10.80; FEER, 10., 17. und 31.10.80).

-ni-